

Pressemitteilung 25/2023

Halle (Saale), den 28. September 2023

Der Abschwung fällt im Jahr 2023 in Ostdeutschland milder aus als in Deutschland insgesamt

Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2023 und von aktuellen Halbjahresdaten für die Länder

Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit über einem Jahr im Abschwung. In Ostdeutschland war die Konjunktur in den vergangenen vier Quartalen allerdings etwas kräftiger: Laut Prognose des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) dürfte das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2023 um 0,5% zulegen, während die Produktion in Deutschland insgesamt um 0,6% sinkt. Im nächsten Jahr werden in Ost und West Expansionsraten von 1,3% erwartet, und für 2025 wird prognostiziert, dass das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt mit 1,2% etwas langsamer zulegt als in Deutschland insgesamt (1,5%).

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose konstatiert in ihrem [Herbstgutachten](#), dass sich die deutsche Wirtschaft seit über einem Jahr in einem Abschwung befindet, der erst zum Jahresende abklingen dürfte. Allerdings war die Konjunktur in Ostdeutschland in den vergangenen vier Quartalen etwas kräftiger: Nach Angaben des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ war das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2023 um 0,2% höher als ein Jahr zuvor, während es für Deutschland insgesamt um 0,3% niedriger ausfiel. Dabei war die Konjunktur im Verarbeitenden Gewerbe regional stark differenziert: Dass das Bruttoinlandsprodukt in Sachsen-Anhalt um 3,2% zurückging, ist wohl auf die Probleme der in dem Bundesland wichtigen Chemieindustrie mit den extremen Energiepreisanstiegen zurückzuführen. Dagegen war Brandenburgs Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2023 um 6% höher als ein Jahr zuvor. Dafür war ausschlaggebend, dass die große Elektroauto-Fabrik in Grünheide ab März 2022 ihre Produktion hochgefahren hat. „Auch Umsätze und Auftragseingänge im ersten Halbjahr 2023 sprechen für eine in Ostdeutschland etwas höhere Dynamik im Verarbeitenden Gewerbe“, sagt Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und Vizepräsident am IWH. „Zudem entwickeln sich die verfügbaren Einkommen in Ostdeutschland schon seit einigen Jahren günstiger als im Westen.“ So lagen die ostdeutschen realen Bruttolöhne und -gehälter im Jahr 2022 um 19,5% über ihrem Niveau von 2015, die westdeutschen nur um 16,1%. Im Jahr 2023 werden die Einkommen durch die Erhöhung des im Osten besonders häufig gezahlten Mindestlohns (auf zwölf Euro je Stunde ab Oktober 2022) gestützt. Zudem wird die gesetzliche Rente um 5,9% und damit um 1,5 Prozentpunkte stärker erhöht als im Westen.

Sperrfrist:

28. September 2023, 11:00 Uhr

Pressekontakt

Stefanie Müller-Dreißigacker

Tel +49 345 7753 720

presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner

Oliver Holtemöller

oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Politische Ressorts

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium des Innern (BMI), Bundeskanzleramt, Wirtschaftsministerien der Neuen Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter

Arbeitsmarkt, Chemische Industrie, Demographie, Energiepreise, Konjunktur, Konvergenz, Löhne, Ostdeutschland, Ost-West-Vergleich, Prognose, Produktivität, Rente, Verarbeitendes Gewerbe

Aktueller Bezug

halbjährliches Gutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose im Auftrag der Bundesregierung

Leibniz-Institut für

Wirtschaftsforschung Halle e. V. (IWH)

Tel +49 345 7753 60

Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8

D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61

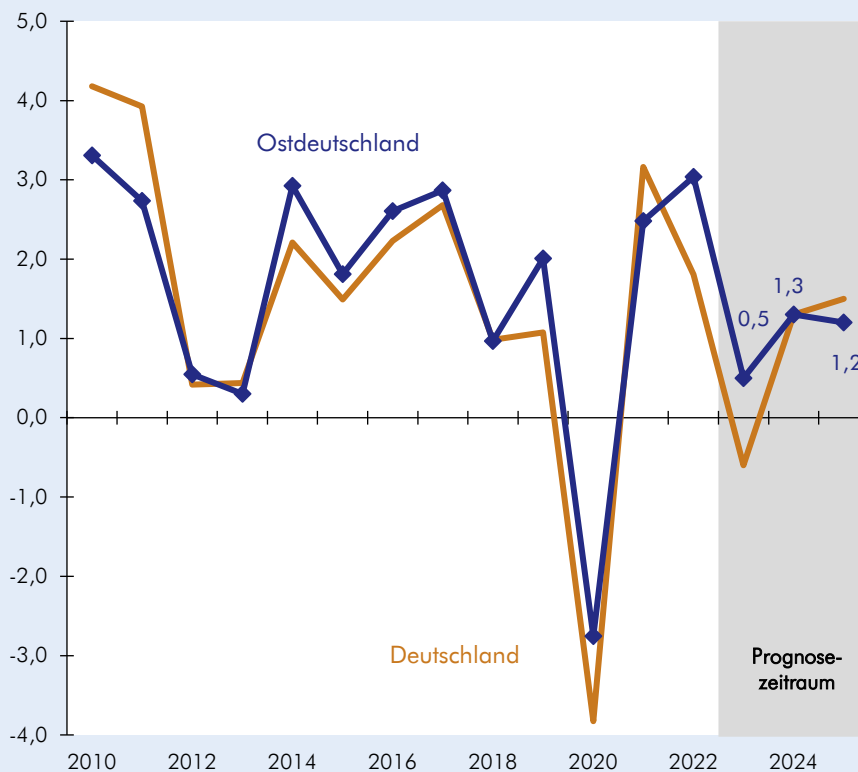
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Abbildung

Das reale Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und ab 2023 Prognose der Institute.

„In den kommenden Jahren wird das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt wohl kaum noch stärker als das in Gesamtdeutschland expandieren, denn die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter geht in den ostdeutschen Flächenländern aus demographischen Gründen zurück“, sagt Holtemöller. So hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Ostdeutschland zuletzt kaum noch zugenommen, im Juni um 0,3% gegenüber dem Vorjahresmonat (Deutschland insgesamt: 0,7%). Zudem gibt es ab 2024 keine höheren Rentensteigerungen, denn die Angleichung des Rentenwerts zwischen Ost und West wird schon im laufenden Jahr erreicht.

Alles in allem dürfte das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 um 0,5% zulegen, während die Produktion in Deutschland insgesamt um 0,6% sinkt (vgl. Abbildung). Im nächsten Jahr werden beide Expansionsraten wohl bei 1,3% liegen, und für das Jahr 2025 wird prognostiziert, dass die ostdeutsche Produktion mit 1,2% etwas langsamer zulegt als in Deutschland insgesamt (1,5%). Damit wird das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Ostdeutschland weiterhin bei etwa 80% des westdeutschen Niveaus bleiben. Die ostdeutsche Arbeitslosenquote nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit liegt im Jahr 2023 und 2024 jeweils bei 7,0%, um im Jahr 2025 auf 6,7% zu sinken.

Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2023:

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: [Kaufkraft kehrt zurück – Politische Unsicherheit hoch](#). Halle (Saale), September 2023.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt

Stefanie Müller-Dreißigacker
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de



Das IWH auf Twitter/X



Das IWH auf LinkedIn



Das IWH auf Facebook

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 97 eigenständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.